

Die Bilanz der Europäischen Integration 1985

DAS ENDE DER STRUKTURREFORMEN?

WERNER WEIDENFELD

DER DRAMATISCHE AUFTAKT

DIE ERWEITERUNG: DIE PERIPHERIE WIRD ZUM ZENTRUM

Festtagsstimmung mit Ungewissheiten

Eine neue politische Architektur

DIE FINANZMISERE

EUROPÄISCHE FLEXIBILITÄT: EUREKA

DIE KODIFIZIERUNG DES REFORMVERSPRECHENS

Die Gipfeldramaturgie von Fontainebleau bis Luxemburg

Deutsch-französische Führung mit Hindernissen

Über ambitionierte Pläne zur Europäischen Akte

SZENARIEN DER ZUKUNFT EUROPAS

DER DRAMATISCHE AUFTAKT

Am Anfang stand die Ankündigung. Selten ist ein Jahr mit solch dramatisierender Rhetorik eingeläutet worden: Von dem ‚Jahr der Entscheidung‘, von der ‚Stunde der Wahrheit‘ war die Rede. Europa schien erneut vor historischen Weichenstellungen zu stehen. Nach einer Ära der Krisen sollte offenbar eine neue Epoche europäischer Handlungsfähigkeit begründet werden.

Das Szenarium der Reform war längst errichtet: Reformberichte waren in Auftrag gegeben, ihre Vorlage für 1985 terminiert; die letzten Entscheidungen zum Beitritt von Spanien und Portugal standen an; mit der erneuten Erweiterung der Gemeinschaft war die Annahme eines endgültigen Kollapses der Entscheidungsprozeduren verbunden, falls es nicht zu einer entsprechenden Reform kommen würde. Die Politikverflechtungs-Falle¹ schien komplett zuzuschnappen und jeden Fortschritt, aber auch jeden Rückschritt zu verhindern. Die Lähmung drohte zu einer totalen zu werden. Politische Impulsgeber wurden ausgemacht: Der intensivierten deutsch-französischen Kooperation konnte die Übernahme einer gewissen Lokomotiv-Funktion zugetraut werden. Die mit Jahresbeginn neu berufene EG-Kommission weckte mit ihrem kraftvollen Selbstbewußtsein Assoziationen an jene vergangenen Zeiten, in denen vom Brüsseler Hüter der Verträge die entscheidenden Initiativen ausgingen. Zusätzlich war eine neue Sensibilität im Blick auf den weltweiten Konkurrenzkampf zwischen den ökonomischen Großmächten auszumachen: Mit der Erweiterung sollte die Europäische Gemeinschaft zum weltgrößten Markt werden – und zugleich drohte sie im Wettlauf um Zukunftstechnologien und Zukunftsmärkte hoffnungslos abgehängt zu werden. Die Hoffnung auf europapolitische Originalität, auf wirksame Kurskorrekturen, auf europäische Tatkraft mußte doch endlich Wirklichkeit werden können.

Zu diesem Szenarium der Reform gehören außerdem die Cassandra-Rufe ebenso wie die aufmunternden Zukunftsbeschwörungen². Da wird Europa als ein ausgemergelter Greis karikiert, als Zwerg, als eine ausgelaugte Landmasse, hilflos dahindriftend. Auf dieser Folie der Dekadenz, des öden Verfalls erhält der zugleich ausgebrachte Ruf nach den Visionen und den neuen Strategien eine besondere Strahlkraft. Es fehlte nicht an glanzvoller Rhetorik zu Europa. Bundespräsident Richard von Weizsäcker beschwor das Europäische Parlament, die historische Chance namens Europa nicht zu verpassen: „Die Gründung der Gemeinschaft war und bleibt eine historische Großtat. Ganz Neues wurde gewagt. Die Gemeinschaft ist weit mehr als das, was uns die Geschichte an Friedensverträgen überliefert . . . Niemand darf sich täuschen: Verfehlen wir diese Chance, wird sie nicht wiederkehren. Ergreifen wir sie aber, dann kann von der Gemeinschaft eine friedensstiftende Kraft ausgehen, die in der Weltgeschichte ihresgleichen sucht“³. Die europapolitische Erfahrung lehrt, daß der Glanz und die Plausibilität großer Reden nur selten Spuren im Alltag hinterlassen. Sollte es dieses Mal anders sein?

DIE ERWEITERUNG: DIE PERIPHERIE WIRD ZUM ZENTRUM

Auf beiden Seiten gab es gemischte Gefühle, als die letzten Steine zum Beitritt Spaniens und Portugals aus dem Wege geräumt wurden⁴. Die naive Eindimensionalität, die den Beitrittsantrag beider Länder begleitet hatte, war zwischenzeitlich differenzierteren Gemütslagen gewichen. Ursprünglich waren die Schwierigkeiten und Probleme von Emotionen und vollmundigen Ankündigungen überdeckt: Die Europäische Gemeinschaft hatte gegenüber der spanischen und portugiesischen Diktatur immer wieder mit dem Hinweis gearbeitet, der EG-Beitritt sei möglich, sobald eine demokratische Ordnung etabliert sei. Europa wünsche die Heimkehr Spaniens und Portugals – aber nur im Gewande der Demokratie. Dieses Wort galt es zu halten. Die beiden Länder der iberischen Halbinsel gaben ihrem Demokratisierungsprozeß explizit diese europäische Dimension. Als die erste Etappe mit der Auflösung des Franko-Regimes erreicht war – da konzentrierte sich alle Emotion der spanischen Demokraten auf Europa. Endlich aus der jahrelangen internationalen Isolation ausbrechen zu können, endlich neues Vertrauen, internationale Gleichberechtigung erfahren zu können – dagegen griff kein subtiles Detailargument, kein kritischer Hinweis auf handfeste ökonomische und soziale Konsequenzen. Die Hoffnung auf Europa als Stifter der neuen Identität dominierte.

Festtagsstimmung mit Ungewißheiten

Im Laufe der achtjährigen, schwierigen Beitrittsverhandlungen konnte die Ernüchterung nicht ausbleiben. Natürlich blieb für die Europäische Gemeinschaft die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Zusage wichtig; natürlich lockte die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes und die Stärkung der weltpolitischen Dimension. Aber unübersehbar waren auch die handfesten Konsequenzen: Ausgabensteigerungen im Agrarmarkt, in den Strukturfonds, Korrekturen in der Fischereipolitik. Durch vielfältige Übergangsregelungen sind die Schwierigkeiten für einen knappen Zeitraum zu mildern und zu relativieren, aufzuheben sind sie dadurch jedoch nicht. Sorgen wuchsen auch bei den Beitrittskandidaten: Wie sollten sie die vielfältigen Auflagen der Europäischen Gemeinschaft ohne soziale, ökonomische und innenpolitische Krisen erfüllen? Wie sollten sie dem neuen Wettbewerbsdruck der übermächtigen Industrien im Norden gewachsen sein? Wie sollte der Modernisierungsprozeß human umgesetzt werden? Für die Gemeinschaft selbst stellte sich die Frage nach der Effizienz ihrer Entscheidungsprozeduren nun nochmals mit zusätzlicher Wucht. Verfahren, für eine Gemeinschaft der Sechs konzipiert, nachträglich ausgehöhlt, dann auf eine Gemeinschaft der Neun und schließlich der Zehn übertragen, geprägt von Beschwerlichkeiten und Lähmungen aller Art – wie sollten solche Verfahren denn in einer nochmals expandierenden Gemeinschaft wenigstens sektorale Handlungsfähigkeit gewährleisten können? Zusätzlicher Reformdruck entstand.

Aber trotz wechselseitig gewachsener Nachdenklichkeit, trotz Sorgen und Befürchtungen: Als die Verträge zum Beitritt Spaniens und Portugals am 29.3.1985 unterzeichnet und am 1.1.1986 vollzogen wurden, herrschte Feiertagsstimmung. Der Beitritt wurde als selten gewordenes Erfolgserlebnis der Europapolitik verstanden. Das Aufatmen war unüberhörbar. Ein Europa des Erfolgs, sonst nur zum Träumen nah, war hier zum Greifen nah geworden. Wen wundert es, daß gefeiert wurde. Die Fragezeichen zu den Einzelheiten werden dennoch auf der Tagesordnung bleiben.

Eine neue politische Architektur

Vor dem Hintergrund positiver Grundgestimmtheit ist weitgehend ausgeblendet worden, welcher tiefgreifender Wandel für die Europäische Gemeinschaft mit der Erweiterung auf zwölf Mitgliedstaaten verbunden ist. Die Sechsergemeinschaft war ein Zusammenschluß von Staaten mit im großen und ganzen ähnlichem Entwicklungsstand gewesen, die zudem die Perspektive der politischen Einigung Europas verband. Es sind dann in den 70er und Anfang der 80er Jahre Staaten beigetreten, die dies vornehmlich unter dem Vorzeichen ökonomischen Zweckdenkens taten. Der Konsens einer langfristigen politischen Perspektive war dahin. Mit dem Beitritt von Spanien und Portugal ist nun ein weiterer Veränderungsschub verbunden, der das Profil des Integrationsprozesses wesentlich verschieben wird: die Peripherie der Integration wird zu einem Zentrum. Bis zum 1.1.1986 besaßen die sechs Gründerländer die Mehrheit. Die alte Gemeinschaft war dominiert von einem politischen Zentrum, das sich in der geographischen Mitte befand. Die neue Süderweiterung hat das Schwergewicht zum Mittelmeer hin verschoben. Ein Dreieck aus Nordeuropa, den Mittelländern und Südeuropa wird künftig die politische Architektur der Europäischen Integration bestimmen. Das Gesicht Europas hat sich mit dieser Südwendung tiefgreifend verändert. Gründliches Umdenken ist gefordert.

DIE FINANZMISERE

Die Süderweiterung erzwang höhere Ausgaben der Gemeinschaft. Damit wurde endgültig die Grenze des auf bisheriger Grundlage Finanzierbaren erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland band zudem ihre Zustimmung zur Erhöhung der EG-Einnahmen an den Beitritt von Spanien und Portugal – dieses Junktim war nicht zu durchbrechen. Parallel zur Vereinbarung der Erweiterung wurde eine Korrektur des EG-Haushaltsvertrags vorgenommen, der ab 1.1.1986 eine Erhöhung der EG-Eigeneinnahmen bis zu 1,4 % der Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage vorsah. Eine Erhöhung auf 1,6 % wurde für 1988 in Aussicht gestellt. Bereits bei der Vorstellung des Arbeitsprogramms für 1986 hat jedoch der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, im Europäischen Parlament die Bereitstellung weiterer Finanzmittel gefordert⁵. Das Erfolgserlebnis der Einnahmenerhöhung wurde also sehr bald wieder überlagert von der

grundsätzlichen Finanzmisere der Gemeinschaft, die sich bald je nach Dollar-Kursschwankungen zusätzlich dramatisch verschärfen könnte.

Diese Finanzmisere bündelt eine ganze Reihe struktureller Probleme:

- Die Finanzausstattung der Europäischen Gemeinschaft hinkt jeweils hinter dem Mindestbedarf hinterher. Das Verfahren der Erhebung von Eigeneinnahmen ist – mit der Notwendigkeit der Ratifizierung in allen nationalen Parlamenten – so kompliziert und langwierig, daß eine zeitlich adäquate Finanzregelung kaum vorstellbar ist. Hinzu kommt, daß die Prozeduren zur Erstellung des EG-Haushalts so unüberschaubar sind, daß eine klar konturierte öffentliche Diskussion praktisch unmöglich ist⁶. Der Gemeinschaft bleibt nur ein permanentes Krisenmanagement in Sachen Finanzierung. Vorsichtige Kompromisse, nationale Sonderregelungen, zermürbende Debatten über den Finanztransfer sind die geradezu selbstverständliche Folge. Für die notwendige Strukturreform der EG-Finanzierung fehlen offenbar Kraft und Konsens.
- Die begrenzten Kompetenzen des Europäischen Parlaments besitzen ihre relevanteste Dimension im Haushaltsverfahren. Dennoch ist die parlamentarische Komponente hier nach wie vor unterentwickelt, vergleicht man sie mit den Üblichkeiten nationaler Parlamente. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, daß sich das Europäische Parlament bei seiner Arbeit – mangels anderer Entscheidungskompetenz – sehr stark auf die Erarbeitung des Haushalts konzentriert, jeden Millimeter an Handlungsspielraum ausnutzen will und daß es ständig die engen Fesseln des Haushaltsverfahrens zu sprengen sucht. Das Europäische Parlament lehnte im Dezember 1984 – zum zweiten Mal in seiner Geschichte – den Haushalt für das kommende Jahr komplett ab. Im Jahr 1985 gab es dann zusätzliche Konflikte um die Frage eines Nachtragshaushaltes. Und schließlich setzte im Dezember 1985 der Präsident des Europäischen Parlaments den Haushalt 1986 gegen den Willen des Ministerrates fest. Eine Klage von EG-Mitgliedstaaten vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft war die Konsequenz. Der Budget-Streit wird so logischerweise zum Kontinuum des europäischen Alltags.
- Der eigentliche Mühlstein am Hals der Finanzstrategen bleibt der Agrarmarkt. Gleichsam in konjunkturellen Wellenbewegungen drängt sich das Thema immer wieder in den Vordergrund. Eine neueinsetzende Grundsatzdebatte⁷ ist der jüngste Beleg für diese Beobachtung. Eine Vielzahl von Vorschlägen zur Reduzierung der Agrarmarktkosten liegen auf dem Tisch: Preissenkungen, Verringerung der Zahl der Marktordnungen, Abgaben auf Überproduktion, Brachlegung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Jede einzelne Strategie könnte das angestrebte Ziel einer drastischen Kostensenkung erreichen lassen. Aber die einzelnen Vorschläge verkeilen sich sofort in einem Dickicht divergierender Interessen. Nicht die Suche nach einem abstrakt überzeugenden Konzept, sondern die schier unlösbare Frage der

politischen Konsensbildung und Entscheidungsfindung angesichts höchst differenzierter Problem- und Interessenlagen läßt eine tiefgreifende Agrarreform in das Reich der Zukunftsträume verschwinden. Der Agrarmarkt wird auf Dauer der finanzpolitische Hemmschuh Nr. 1 bleiben.

Die Finanzmisere der Europäischen Gemeinschaft lehrt Jahr für Jahr wieder neu, wie eng begrenzt die Handlungsmargen zu einer Reform in den Kernbereichen der Gemeinschaftstätigkeit bleiben.

EUROPÄISCHE FLEXIBILITÄT: EUREKA

Eine andere Strategie lenkt in wachsendem Maße die Aufmerksamkeit auf sich. Oftmals wird bei einer kritischen Analyse des Integrationsprozesses übersehen, daß es von Anfang an neben den föderalistischen und den funktionalistischen Ansätzen sowie den pragmatischen Millimeterschritten zum Ausbau des EG-Systems der Römischen Verträge noch ein weiteres strategisches Konzept gegeben hat: die Schaffung neuer Organisationen neben den bereits bestehenden Institutionen nach Maßgabe einer bedarfsgerechten Flexibilität⁸. Anfang der 70er Jahre ergänzte man das politische System der Europäischen Gemeinschaft durch die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ). Ende der 70er Jahre fügte man das Europäische Währungssystem (EWS) hinzu. Weltweite ökonomische Herausforderungen insbesondere auf dem Gebiet der Zukunftstechnologien haben die Europäer erneut bei dieser bisher durchweg erfolgreichen Strategie des flexiblen organisatorischen Neubeginns Zuflucht nehmen lassen. Eureka – so hieß das neue Zauberwort⁹. Auf eine deutsch-französische Initiative hin entstanden, soll Eureka (European research coordination agency) einen politischen Rahmen für die Selbstfindung von Forschungskoooperationen in Europa bieten. Da die Beteiligung an Eureka zudem nicht auf EG-Mitglieder beschränkt ist, läßt sich diese neue Initiative in das bunte Bild vielfältiger Organisationsformen für europäische Zusammenarbeit einordnen. Denn neben der Pluralität von Integrationsstrategien ist ja auch eine Pluralität von institutionellen Kooperationstypen zu beobachten: Europarat, WEU, EG, Euro-Group der Nato, EWS, KSZE – und nun auch: Eureka. Bleibt als Fazit: schlechte Zeiten für europapolitische Dogmatiker und zugleich ein leichtes Hoffen auf europäische Originalität.

DIE KODIFIZIERUNG DES REFORMVERSPRECHENS

Es mag symptomatisch sein, daß Originalität eher an den Rändern europapolitischer Entwicklungen und Aufgaben zu beobachten ist. Im Kernbereich der etablierten Institutionen werden nach wie vor die Tagebücher der Schnecke niedergeschrieben. Alle Dramatik der Ankündigungen, aller Einsatz führender Staatsmänner, aller Erfolgsdruck angesichts einer sensibilisierten Öffentlichkeit – dies alles konnte das Koordinatensystem der Europapolitik nicht soweit verschieben, daß eine neue Beweglichkeit zum Signum des Kontinents geworden wäre. Mühsam ächzend hat die Entscheidungsmechanik ihr schillerndes

Reformprodukt den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt: ein Schritt von historischer Dimension, wenn man die Formalitäten betrachtet. Erstmals in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft wird eine umfangreiche Korrektur der Römischen Verträge in einem ergänzenden Vertrag vorgesehen; andererseits erscheinen jedoch die damit initiierten Veränderungen in ihrer qualitativen Bedeutung durchaus kritisch befragenswert, erst in der praktischen Umsetzung korrekt zu beurteilen.

Die Gipfeldramaturgie von Fontainebleau bis Luxemburg

Blenden wir kurz zurück auf die wichtigsten Stationen, die den Weg zu diesem neuen Vertrag, der ‚Einheitlichen Europäischen Akte‘¹⁰ markierten: Der Mailänder Gipfel (28./29.6.1985) sollte die Weichen stellen. Ihm lagen die Ausarbeitungen der beiden 1984 beim Gipfel von Fontainebleau eingesetzten Reformkomitees vor: der Bericht zum ‚Europa der Bürger‘ und der Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen¹¹. Beide Dokumente spielten jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Der Bericht ‚Europa der Bürger‘, ein buntes Sammelsurium gutgemeinter Einzelschlüsse, wurde bereits auf dem Brüsseler Gipfel (29./30.3.1985) wohlwollend zur Kenntnis genommen und in Mailand nach EG-Manier schubladisiert. Der Bericht des Dooge-Komitees, der vor allem durch die zahlreichen Vorbehalte einzelner Staaten sensible Aussagekraft erhielt, rutschte in das Konvolut der Papiere, mit denen sich die vorbereitenden Teams der späteren Regierungskonferenz auseinanderzusetzen hatten. Die Ergebnisse langer Experten-Konferenzen wurden so weniger zu Steigeisen von Gipfelstürmern, sondern eher zur Spurensicherung künftiger Historiker.

Die Dramaturgie des Mailänder Gipfels hätte kaum effektvoller angelegt sein können. In den Monaten seiner Vorbereitung erleben die Europäer erneut ein Wechselbad von Hoffnung und Enttäuschung. Die Abfolge von Ankündigung, Krise und neuem Bekenntnis schien zum Pulsschlag der europäischen Einigung zu werden. Kohl und Mitterrand setzen sich selbst unter Erfolgsdruck. Dann verhakt sich die Gemeinschaft jedoch in den Details des europäischen Alltags: Schwierigkeiten beim Abgas-Katalysator, deutsches Agrar-Veto, Irritationen in Sachen Weltraum-Technologie. Der Erwartungshorizont im Blick auf Mailand sinkt gegen Null. Schließlich legen Kohl und Mitterrand ein weitreichendes Reform-Konzept in Mailand vor und bestimmen damit die Tagesordnung. Heftig ablehnende Reaktionen, emotionale Ausbrüche, beißende Kritik: Dies sind Antworten, die in einer spannungsgeladenen Atmosphäre von der englischen Premierministerin und dem griechischen Ministerpräsidenten gegeben werden. Schließlich vereinbart der Europäische Rat, eine Regierungskonferenz einzuberufen¹², auf der die Reformvorschläge präzisiert und entscheidungsreif gemacht werden sollen. Dieser weitreichende Beschluß erfolgt gegen den Willen von drei Mitgliedsländern – auch ein Novum in der Geschichte der Europäischen Einigung.

Und dennoch könnte man bei einer ersten Besichtigung der Konferenzergeb-

nisse die Frage stellen: Wozu die ganze Aufregung? Oberflächlich betrachtet, ist der Mailänder Gipfel dem herkömmlichen Ritual der Europapolitik gefolgt. Er hat die Entscheidungen vertagt; er hat die Beratungen in ein neues Gremium verlagert; er hat wichtige Schritte für später in Aussicht gestellt. Schon manch ein gutgemeinter Reformvorschlag ist nach dieser Methode von der europapolitischen Bühne verschwunden und zum bloßen Spielmaterial für akademische Reflexionen verkümmert. Was war in Mailand anders? Worin unterscheiden sich die Mailänder Beschlüsse von der Vielzahl von Ankündigungen, die sich dann doch nur allzu schnell als verpaßte Chancen erwiesen? Drei Antworten sind darauf zu geben: Erstmals seit vielen Jahren ist eine entschlossene Führung zur Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft praktiziert worden; es wurden scharf die denkbaren Alternativen und Handlungsmargen markiert; die anstehenden Entscheidungen zielten auf sensible Schnittpunkte unterschiedlicher Traditionslinien der Europapolitik.

Deutsch-französische Führung mit Hindernissen

Der Mailänder Gipfel hat eine elementare europäische Erfahrung bestätigt: Das politische Kalkül muß sich an den wirklich vorhandenen Handlungsmöglichkeiten und Führungspotentialen orientieren. Als Träger einer Reform kommen daher nur jene Regierungen und Regierungschefs in Frage, die mit der Europäischen Integration mehr verbinden als ökonomische Gesichtspunkte oder eine eher technische Einrichtung. Potente politische Führung kann Sogwirkungen entwickeln. Vor diesem Hintergrund legten die politischen Konstellationen ein vor allem zwischen Deutschen und Franzosen abgestimmtes Verfahren nahe. Kohl und Mitterrand vereinbarten dementsprechend schon vor dem Mailänder Gipfel, ein gemeinsames Konzept zur politischen Fortentwicklung vorzulegen. Beide machten öffentlich deutlich, daß sie den Weg zur Politischen Union Europas auch dann zu gehen bereit seien, wenn nicht alle EG-Mitglieder folgten. Allein dieses Signal der Führungsbereitschaft löste beträchtliche diplomatische Aktivitäten aus. England brachte seine Vorstellungen zu Papier, Italien ebenfalls, die Benelux-Staaten bekundeten ihre Ungeduld. Man begann, sich auf den gemeinsamen deutsch-französischen Motor für die Zukunft Europas einzustellen.

Aber dann wurde das internationale Pokerspiel eröffnet: Die Bundesregierung hatte ihre europapolitischen Perspektiven den Nachbarn mitgeteilt. Sie wollte die Effektivität europäischer Entscheidungsprozeduren steigern. Mehrheitsabstimmungen im Ministerrat und Kompetenzerweiterungen des Europäischen Parlaments gehörten dazu; ebenso eine feste Vereinbarung über das Endstadium des europäischen Binnenmarktes; ebenso die Schaffung einer Technologiegemeinschaft. Zentraler Bestandteil des deutschen Vorschlags war außerdem die vertragliche Absicherung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Europa sollte endlich auf der Bühne der internationalen Politik eine tragende Rolle übernehmen.

Diese Gesamtperspektive der Bundesregierung war den EG-Partnern seit Monaten bekannt. Auf bilateraler Ebene wurde die intensive Feinabstimmung betrieben: auf der Ebene der zuständigen Beamten allein fünf deutsch-französische Arbeitsrunden, bei denen mancher ambitionierte deutsche Vorschlag französischen Vorbehalten zum Opfer fiel; dann ebenso Detailberatungen mit der Ratspräsidentenschaftsmacht Italien; drei Arbeitsrunden in trilateraler Form (Bundesrepublik Deutschland, Italien und Frankreich); England lehnte es ab, in diese Abstimmungsprozedur einbezogen zu werden; die britische Regierungschefin wurde jedoch unterrichtet und ihre Vorstellungen in die Ausarbeitungen einbezogen. Die allerletzte Fassung des deutsch-französischen Vorschlags ließ dann allerdings bis kurz vor Mailand auf sich warten, weil die französische Regierung ihre abschließende Position erst drei Tage vor dem Gipfel fixierte.

Dieses Tagebuch der Vorbereitungen des Mailänder Gipfels läßt drei Schlußfolgerungen zur EG-Reform zu:

- Effektive Schritte in der Europapolitik werden erst nach konzentrierter, zielbewußter Vorarbeit realisierbar. Europa ist längst viel zu kompliziert, als daß es sich durch Sonntagsreden oder durch andere Teilzeit-Aufmerksamkeiten bewegen ließe.
- Die deutsch-französische Europa-Lokomotive läuft mit zwei Motoren, von denen das deutsche Exemplar weitaus schnellere Drehzahlen zeigt als die französische Variante, die zudem ab und an die Handbremse zu ziehen scheint.
- Wer nach der außerordentlich dichten und intensiven Prozedur der internationalen Abstimmung im Vorfeld des Gipfels dann in Mailand selbst den empörten Vorwurf der „Überrumpelung“ erhebt – wie von englischer Seite geschehen – der macht damit klar, daß er eigentlich Widerstand gegen die Substanz der deutsch-französischen Vorschläge anmeldet.

Damit ist die Kulisse der europapolitischen Bühne beschrieben. Was aber sind die Rollen, Inhalte und Varianten, die das Stück selbst bereithält?

Über ambitionierte Pläne zur Europäischen Akte

Die Bundesregierung wollte den von allen Mitgliedern geteilten Wunsch, den Binnenmarkt endlich zu realisieren, nicht als Absichtserklärung versanden lassen. Dazu waren Änderungen der Römischen Verträge notwendig. Der EWG-Vertrag sieht bisher in zentralen Feldern des Binnenmarktes – z.B. der Angleichung von Rechtsvorschriften, der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen – Einstimmigkeit vor. Dies hatte alle Bemühungen, den für Europa lebenswichtigen Binnenmarkt voll zu etablieren, bisher entscheidend beeinträchtigt. Hier sollte die Einführung von Mehrheitsentscheidungen wirksam Abhilfe schaffen.

In einem zweiten Bereich erschienen Korrekturen der Römischen Verträge notwendig: bei den Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Im Zeitalter

parlamentarischer Demokratien leisten wir uns den merkwürdigen Anachronismus, die europäischen Entscheidungen keiner umfassenden parlamentarischen Kontrolle zu unterziehen. Den direkt gewählten Repräsentanten der europäischen Bürger bleibt bisher eine effektive Mitwirkung in weiten Bereichen verwehrt. Ohne einen starken parlamentarischen Unterbau wird die Europäische Gemeinschaft entweder immer weiter von Lähmungserscheinungen erfaßt oder aber in bedrohliche Legitimationskrisen getrieben. Angesichts vielfältiger Widerstände bei den Partnern hatte die deutsche Seite vorgeschlagen, wenigstens in wichtigen, ausgewählten Bereichen (u.a. Erweiterung, Assoziierung) die Mitwirkung des Europäischen Parlaments zu verankern, um damit einen ersten Schritt auf dem Weg des Europäischen Parlaments zu einer echten Zweiten Kammer im Gesetzgebungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft zu vollziehen.

Daneben wurden die Bemühungen fortgesetzt, den politischen Rahmen des Integrationsprozesses zu festigen. Der dazu formulierte deutsch-französische Vertragsentwurf¹³, der neben die Römischen Verträge gestellt werden sollte, versuchte, die bisherige relativ erfolgreiche Arbeit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit in eine feste Form zu gießen und zu kodifizieren. Engagierte Europäer hätten sich hierbei zweifellos viel ambitioniertere Entwürfe vorstellen können: Präzisere Festlegungen zu Zielen und Methoden einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, stärkere Stellung des geplanten Sekretariats, einheitliche personelle Vertretung der Europäischen Union in Drittstaaten, wirksamere Ausgestaltung der Stellung des Ratspräsidenten, einflußreichere Rahmenkompetenz des Europäischen Rates. Manche gute Idee wurde zudem offenbar in den deutsch-französischen Konsultationen vorab eingegeben. Trotz seines eher bescheidenen Ansatzes machte der Vertragsentwurf Sinn, wenn man ihn als effektiven Einstieg in die Konstruktion der Politischen Union Europas betrachtete.

Der Mailänder Gipfel hatte also Weichen gestellt¹⁴. Aber in welche Richtung und mit welcher Geschwindigkeit würde sich der europäische Zug nun in Bewegung setzen? Würde er einzelne Waggons abkoppeln, zumindest aber deren Bremsklötze entfernen? – Fragen, die in den Monaten zwischen Mailänder und Luxemburger Gipfel immer wieder aufgeworfen wurden.

Die zwischen diesen beiden Gipfeln tagende Regierungskonferenz, an deren Vorbereitung und Durchführung alle zwölf Staaten mitwirkten, erarbeitete die ‚Einheitliche Europäische Akte‘, die vom Luxemburger Gipfel (2./3.12.1985) verabschiedet wurde, und deren Einzelformulierungen die dazu ermächtigten Vertreter der Mitglieder in den Wochen danach endgültig fixierten. Sieht man von einer Fülle eher ornamentaler Glättungen ab, so sind drei Punkte dieser Übereinkunft von langfristiger und struktureller Bedeutung:

- Die Regierungskonferenz und der Luxemburger Gipfel haben nicht den Weg der Schaffung neuer Organisationsformen fortgesetzt. Sie haben vielmehr den Versuch einer Bündelung der bestehenden Organisationsvielfalt

- unter einem rechtlichen Dach betrieben. Die ‚Einheitliche Europäische Akte‘ führt die EPZ mit der EG zusammen.
- Die Regierungskonferenz und der Luxemburger Gipfel haben für den Bereich des Binnenmarktes ein neues Beschlußverfahren in Korrigierung der Römischen Verträge fixiert. Dieses neue Verfahren sieht qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat – statt der bisherigen Einstimmigkeit – vor, stärkt die Stellung des Parlaments, formuliert jedoch zugleich eine Fülle von Ausnahmen, bei denen die Einstimmigkeitsregel bestehen bleibt. Die Luxemburger Vereinbarung vom 27. Januar 1966¹⁵, auf die sich die Praxis der Einstimmigkeit im Ministerrat bezieht, wurde nicht berührt. Von einer tiefgreifenden Korrektur des EG-Entscheidungsverfahrens kann also keine Rede sein. Es bleibt außerdem abzuwarten, ob der Verpflichtung, den Binnenmarkt bis 1992 vollenden zu wollen, eine höhere Bedeutung beikommt als bisherigen Fristen, die sich die Europäische Gemeinschaft selbst gesetzt – und nur selten eingehalten hatte.
 - Die ‚Einheitliche Europäische Akte‘ gießt das bisherige Verfahren der EPZ – ergänzt durch die Schaffung eines Sekretariats – in eine rechtliche Form. Eine lockere politische Übereinkunft, mit der Anfang der 70er Jahre eines der letzten Tabus nationaler Souveränität übersprungen worden war, ist so zu einem festen Rechtsgebäude mit entsprechender Bindewirkung geworden. Möglicherweise liegt hier eine erfolgversprechende Strategie auch für andere Felder der Integration: Man beginnt zunächst mit einer lockeren, jederzeit widerrufbaren Kooperation, die dann allmählich an Dichte gewinnt und schließlich in eine rechtlich abgesicherte Verpflichtung übergeht.

SZENARIEN DER ZUKUNFT EUROPAS

Die wirkliche politische Bedeutung des Mailänder Gipfels, der Regierungskonferenz, des Luxemburger Gipfels und der ‚Einheitlichen Europäischen Akte‘ wird sich wohl erst aus einem historischen Abstand genauer ausmessen lassen. Dabei mag sich dann ein Aspekt in den Vordergrund drängen, der in seiner strukturellen Wirkung bisher weitgehend ausgeblendet bleibt: Die drei Nein-Stimmen des Mailänder Gipfels werden ihren Tribut fordern. Zwei der drei Nein-Sager – Großbritannien und Griechenland – vollzogen den Reformkurs der Regierungskonferenz mit – nicht weil sie von seiner Notwendigkeit überzeugt waren, sondern weil sie nicht abgehängt werden wollten. Sie verhinderten damit weitergehende Korrekturen – z.B. im Blick auf die Kompetenzen des Europäischen Parlaments – und signalisierten zugleich, daß noch größere politische Ambitionen mit ihnen nicht zu realisieren seien. Mit geradezu brutaler Deutlichkeit wurde dann diese Absage an die Perspektive einer Politischen Union von Dänemark formuliert. Die dänische Regierung mußte ein Referendum bemühen, um eine Mehrheit zur Vertragsunterzeichnung zu erhalten. Aber selbst die Europa-Befürworter in dieser Kampagne konnten sich lediglich auf nationale Wirtschaftsvorteile als Argu-

mentation stützen und mußten zugleich jeder weitergehenden politischen Integration eine Abfuhr erteilen.

Damit ist ein Fazit unabweisbar geworden: Die Gemeinschaft der Zwölf ist im Blick auf die politische Integration am Ende der Fahnenstange angelangt. Ihr künftiges Reformbemühen wird sich bestenfalls auf die Einebnung von Hemmnissen im bestehenden Rahmen der Römischen Verträge beziehen. Die Politische Union wird in diesem Kontext ein Fremdwort bleiben. Das Ende der Strukturreform ist da.

Dieses Verdikt muß nicht die Stagnation aller Bemühungen um eine Politische Union und auch nicht ein Ende aller Erfolgchancen für integrationspolitische Fortschritte bedeuten. Natürlich wird sich die Kraft zu weiteren Reformschritten nach den zehrenden Anstrengungen der zurückliegenden Zeit erst einmal regenerieren müssen. Natürlich wird jeder neue Versuch zur politischen Integration nur an die Strategie organisatorischer Flexibilität anknüpfen können. Dies bedeutet: Weitere politische Schritte werden von weniger als zwölf Staaten unternommen werden. Organisationsformen neben der Europäischen Gemeinschaft sind dazu erforderlich.

Für solche neuen Initiativen bedarf es zweifellos der besonderen Anstöße, der unmittelbar plausiblen Dringlichkeit, des erheblichen Problemdrucks. Drei Szenarien für die Zukunft Europas sind denkbar, von denen – jeweils einzeln oder im Verbund – ein solcher Druck ausgehen könnte:

– Das Weltmacht-Szenarium:

Die mit dem Genfer Gipfel begonnene neue Phase eines Supermacht-Bilateralismus forciert den Bedarf nach einer politischen Identität der Europäer. Die weltpolitisch eigenständige Rolle Europas drängt sich auf den ersten Platz der Tagesordnung – ergänzt durch entsprechende sowjetische Avancen im Blick auf das ‚gemeinsame Haus Europa‘.

Dem Genfer Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem Generalsekretär der KPDSU ist mit Recht in Europa lebhaft applaudiert worden. Aber dennoch hat die Genfer Medaille für die Europäer auch eine wichtige Rückseite: Wenn es um den existentiellen Kern der Weltpolitik geht, dann sind die Europäer nicht mehr unter den unmittelbaren Teilnehmern¹⁶. Für sie bleibt nur ein abgeleiteter internationaler Status. Ihre Position und ihre Einflußnahme hängen davon ab, inwieweit sie von den weltpolitischen Führungsmächten vorher konsultiert und nachher informiert werden. Genf hat dies mit drastischer Symbolik den Europäern vor Augen geführt – daraus könnten traumatische Erfahrungen werden. Die Erkenntnis der Notwendigkeit, eine eigenständige Rolle übernehmen zu müssen, könnte die Europäer veranlassen, unter ihre kleinkarierte Eigenbrödelei einen Schlußpunkt zu setzen.

– Das atlantische Szenarium:

Der Wandel des sicherheitspolitischen Denkens weg von der Abschreckungsdoktrin hin zum Schutzschirm-Konzept verlangt nach einem spezifi-

schen Beitrag Westeuropas zur Gewährleistung seiner defensiven Sicherheit¹⁷. Eine im atlantischen Rahmen verankerte westeuropäische Sicherheitsorganisation mit entsprechendem politischen Unterbau ist die Folge. Historische Beispiele sind gegeben. Die sicherheitspolitische Motivstruktur, die konkreten Willensbekundungen der politischen Akteure, der relativ breite westeuropäische Konsens und die grundsätzlich vorhandenen institutionellen Möglichkeiten lassen erwarten, daß es in absehbarer Zukunft zu einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten kommen wird.

– Das wirtschaftliche Krisen-Szenarium:

Die Südwendung wird von der Europäischen Gemeinschaft ökonomisch nicht verkraftet. Es gelingt nicht, die Entwicklungsunterschiede innerhalb der Gemeinschaft abzubauen – ganz im Gegenteil, die Schere weitet sich aus. Eine zusätzliche Dramatik erhält diese Entwicklung durch den gleichzeitigen Niedergang der nördlichen Peripherie durch das allmähliche Versiegen der Einkünfte aus den Nordsee-Ölvorkommen – sei es, daß die Vorräte verbraucht sind; sei es, daß die Ausbeutung nicht mehr wirtschaftlich rentabel erscheint¹⁸. In einer solchen Lage gerät die Mitte der Gemeinschaft in die Zange der wirtschaftlichen Talfahrt an den Rändern. Der Schraubstock ökonomischer Zwänge wird von Norden und Süden aus angezogen. Dies veranlaßt die Mitte der Gemeinschaft – bei Fortbestand der Römischen Verträge – zur Gründung einer homogeneren Europäischen Union hochentwickelter Industriestaaten.

Diese drei Szenarien sind heute bloße Spekulation, vages Kalkül einer potentiellen Zukunft. Den Europäern ist anzuraten, solche Szenarien sorgfältig ins Blickfeld zu rücken, ihre Konsequenzen zu bedenken, statt im längst vergangenen Elan der Gründerväter rhetorisch Zuflucht zu suchen. Die Europapolitik neigt traditionell zum wehmütigen Rückblick. Die Erfolge der Gründer werden gefeiert, nostalgisch alte Leistungen beschworen, vergangenen Zeiten nachgetrauert. Alles das hilft nichts. Vom Problemberg Europa gibt es keine simplen Fluchtwege. Allein entscheidend sind die Erkenntnis der Bedingungen und Möglichkeiten Europas und die Fähigkeit zur zeitgemäßen wie zukunftssträchtigen Perspektive. Da formiert sich eine Welt der großen Machtblöcke: USA, Sowjetunion, Volksrepublik China, Japan. Einige Entwicklungsländer von gestern werden morgen weltweiten Einfluß ausüben – sei es allein oder im regionalen Verbund mit anderen. Weltweite Konkurrenz um Märkte und Ressourcen, um Macht und Know-how – dies alles wird die Zukunft prägen. In diesem gigantischen Wettlauf wird nur ein gemeinsam und effizient handelndes Europa seinen Platz haben und behaupten können. Insofern ist die Einigung Europas zum Ernstfall geworden. Subjekt der Politik kann Europa auf Dauer nur als politische Einheit sein.

Anmerkungen

- 1 Vgl. ausführlich dazu Fritz W. Scharpf, Die Politikverflechtungs-Fälle: Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, Wiesbaden 1985, Nr. 4, S. 323–356.
- 2 Vgl. u.a. Helmut Schmidt, Eine Strategie für den Westen, Berlin 1986; Peter Glotz, Manifest für eine Neue Europäische Linke, Berlin 1985.
- 3 Ansprache Richard von Weizsäckers am 23.10.1985 vor dem Europäischen Parlament, abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 117 v. 25.10.1985, S. 1021–1025, hier S. 1025; s. als weitere Reden dieser Art die Ansprache des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan vor dem Europäischen Parlament am 8.5.1985, in: FAZ v. 10.5.1985, S. 9 und die Rede des damaligen italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini vor dem EP am 10.6.1985, in: ABl. der EG, Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Anhang Nr. 2–327, S. 99–104.
- 4 Zu den Grundsatzfragen der Süderweiterung siehe u.a. Beate Kohler, Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie, Bonn 1981; Christian Deubner, Spanien und Portugal: Der unsichere ‚Europäische Konsens‘. Der Beitritt zur EG als soziales und innenpolitisches Problem, Baden-Baden 1982; R. Biskup, E. Dürr, S. Garcia Echevarria (Hrsg.), Spanien und die Europäischen Gemeinschaften, Bern/Stuttgart 1982; Peter Frey, Spanien und Europa, Dissertation, Mainz 1986; Anton P. Müller, Portugal und Spanien in der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, Beilage B 8/86, S. 3–12; Dietrich Briesemeister, Die Iberische Halbinsel und Europa. Ein kulturhistorischer Rückblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn, B 8/86, S. 13–27; Heinz Stadlmann, Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, in: Europa-Archiv, Bonn 1986, Folge 5, S. 129–136; François Duchêne, Die Europäische Gemeinschaft und der Mittelmeerraum, Europäische Dokumentation 3–4/1985, Luxemburg 1985; Zur neueren spanischen Literatur s. den Überblick von Peter Frey, Spanien vor dem EG-Beitritt, in: Integration, Bonn 1984, Nr. 4, S. 227–233.
- 5 Rede von Jacques Delors am 19.2.1986 vor dem Europäischen Parlament, in: Kommission der EG (Hrsg.), Berichte und Informationen, Bonn, Nr. 7 v. 25.2.1986.
- 6 Als Überblick zur Haushaltspolitik der EG s. u.a. Daniel Strasser, Die Finanzen Europas, Bonn 1979; Angela Nottelmann, Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften, Hamburg 1982.
- 7 S. dazu u.a. Hermann Priebe, Die subventionierte Unvernunft. Landwirtschaft und Naturhaushalt, Berlin 1985; Kronberger Kreis (Hrsg.), Verordnete Verschwendung? Für eine neue Agrarordnung in Europa, Stuttgart 1985; vgl. ergänzend Kommission der EG (Hrsg.), Im Brennpunkt – Grünes Europa: Perspektiven für die gemeinsame Agrarpolitik. Das Grünbuch der Kommission, Brüssel 1985.
- 8 Vgl. ausführlich dazu Werner Weidenfeld, Europa 2000. Zukunftsfragen der europäischen Einigung, München/Wien 1980.
- 9 Dokumente zu Eureka sind abgedruckt in: Europa-Archiv Bonn 1986, Folge 1, S. D 28–D 44; siehe erste Würdigungen von Eureka bei Klaus W. Grewlich, Eureka – heureka? In: Außenpolitik, Hamburg 1986, Nr. 1, S. 23–34; Wolfram Hahn, Eureka. Ein neuer Weg für mehr Zusammenarbeit in Europa, in: Mitteilungen des Hochschulverbandes, 1986, Nr. 1, S. 47–51 sowie der Beitrag Forschungs- und Technologiepolitik in diesem Band.
- 10 Die Akte ist abgedruckt als Dokument Nr. 7 in diesem Band.
- 11 Der Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für das Europa der Bürger ist abgedruckt im Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 9, S. D 253–D 260; der Bericht des Ausschusses für institutionelle Fragen ist abgedruckt als Dokument Nr. 1 in diesem Band.
- 12 S. dazu die Schlußfolgerungen von Mailand, abgedruckt als Dokument Nr. 5 in diesem Band.
- 13 Das deutsch-französische Memorandum ist abgedruckt in Europa-Archiv, Bonn 1985, Folge 16, S. D 444–D 449.
- 14 Zum Hintergrund s. Heinz Kramer, Die Situation der Europäischen Integration nach der Tagung des Europäischen Rates in Mailand (SWP-LN 2442), Ebenhausen 1985; Ot-

- to Schmuck und Wolfgang Wessels, Die Mailänder Tagung des Europäischen Rates – Weder Fehlschlag noch Durchbruch zur Europäischen Union, in: *Integration*, Bonn 1985, Nr. 3, S. 95–102.
- 15 Den Beschlüssen zum Binnenmarkt lag das Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 (Dok. KOM (85) 310 endg. v. 14.6.1985), Luxemburg 1985, zugrunde; s. zur kritischen Würdigung der Luxemburger Vereinbarung Rolf Lahr, Die Legende vom „Luxemburger Kompromiß“, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1983, Folge 8, S. 223–232; zur aktuellen Ergänzung: Jean-Paul Jacqué, Ein neuer „Luxemburger Kompromiß“? Der Europäische Rat und die Reform der Gemeinschaft, in: *Integration*, Bonn 1986, Nr. 1, S. 26–33; Wolfgang Wessels, Die Einheitliche Europäische Akte – Zementierung des Status quo oder Einstig in die Europäische Union? in: *Integration*, Bonn 1986, Nr. 2, S. 65–79.
- 16 Zur Analyse des Genfer Gipfels s. Ernst-Otto Czempel, Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach Genf, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1986, Folge 1, S. 1–10; Wolfgang Wagner, Das Gipfeltreffen von Genf, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1985, Folge 24, S. 721–724; Schlußkommuniqué des Genfer Gipfels abgedruckt in: *Europa-Archiv*, Bonn 1985, Folge 24, S. D 687–690.
- 17 Zu den Perspektiven einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten siehe als aktuelle Beiträge u.a. Peter Schmidt, Europeanization of defense prospects of consensus? Rand Paper Series, 1984; ders., Sicherheitspolitische Entwicklungsperspektiven der Westeuropäischen Union, Ebenhausen 1985; Hans-Gert Poettering, Eine neue europäische Sicherheitspolitik? In: *Außenpolitik*, Hamburg 1985, Nr. 2, S. 147–156; Werner Weidenfeld, Perspektiven einer engeren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, in: *DGFK-Jahrbuch 1982/83*, Baden-Baden 1983, S. 467–477; Harald Kujat, Europa bewahren: Anmerkungen zur Nato-Strategie, Herford 1985.
- 18 S. dazu Development of the oil and gas resources of the United Kingdom 1985. A report to Parliament by the Secretary of State for Energy, April 1985, London: Her Majesty's Stationery Office 1985.

Weiterführende Literatur

- Briesemeister, Dietrich, Die iberische Halbinsel und Europa. Ein kulturhistorischer Rückblick, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn, Beilage B 8/86, S. 13–27.
- Von Berg, Hermann, Die Analyse. Die Europäische Gemeinschaft – Das Zukunftsmodell für Ost und West? Köln: Bund-Verlag 1985.
- Brugmans, Hendrik, Europa: der Sprung ins Ungewisse, Bonn: Europa Union Verlag 1985.
- Everling, Ulrich, Das europäische Gemeinschaftsrecht im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft, Baden-Baden: Nomos 1985.
- Glotz, Peter, Manifest für eine neue Europäische Linke, Berlin: Siedler 1985.
- Grewlich, Klaus W., Eureka – heureka? In: *Außenpolitik*, Hamburg 1986, Nr. 1, S. 23–34.
- Jacqué, Jean-Paul, Ein neuer „Luxemburger Kompromiß“? Der Europäische Rat und die Reform der Gemeinschaft, in: *Integration*, Bonn 1986, Nr. 1, S. 26–33.
- Kramer, Heinz, Zur konzeptionellen Fundierung und Tragfähigkeit des westeuropäischen Integrationsprozesses, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik 1986 (SWP-AP 2462).
- Kronberger Kreis (Hrsg.), Verordnete Verschwendung? Für eine neue Agrarordnung in Europa, Stuttgart 1985.
- Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft, Stuttgart/New York: Fischer 1986.
- Magiera, Siegfried (Hrsg.), Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft. Vorträge und Diskussionsbeiträge der 53. staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung 1985 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin: Dunker und Humblodt 1985.
- May, Bernhard, Kosten und Nutzen der deutschen EG-Mitgliedschaft, zweite Aufl., Bonn: Europa Union Verlag 1985.